**Arne Lietz,** *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Entwicklungsausschusses***.** – Frau Präsidentin, sehr geehrter Kommissar! Ich unterstütze die Forderung des Entwicklungsausschusses, die öffentliche Entwicklungshilfe bis 2030 endlich auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Das gilt sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die EU. Dabei sollten laut Zusage der EU insgesamt 0,2 % des Bruttonationaleinkommens für die am wenigsten entwickelten Länder ausgegeben werden. Der Entwicklungsausschuss forderte zudem erstmalig im diesjährigen Beschluss, dass die in den Geberländern anfallenden Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht wie bislang in die Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe einbezogen werden sollten.

Nur, wenn das Finanzierungsziel von 0,7 %, wie bereits in vielen Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren auch durch die EU erreicht wird, hat die Agenda 2030 mit den Nachhaltigkeitszielen überhaupt eine Chance. Es fehlt in der EU leider bislang der Wille, über eine erkennbare strategische Haushaltspriorisierung, um die Ziele der Agenda für nachhaltige Entwicklung auch in Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen.